

Von der Demokratie zur Postdemokratie? Ein Vorschlag zur Neuformulierung eines umstrittenen Konzepts

Bein, Simon

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bein, S. (2018). Von der Demokratie zur Postdemokratie? Ein Vorschlag zur Neuformulierung eines umstrittenen Konzepts. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 9(1), 51-72. <https://doi.org/10.3224/zpth.v9i1.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Von der Demokratie zur Postdemokratie?

Ein Vorschlag zur Neuformulierung eines umstrittenen Konzepts

Simon Bein^{*}

Schlüsselwörter: Demokratie, Krise, Postdemokratie, Partizipation, Repräsentation, Legitimation

Abstract: Ist die westliche Demokratie in der Krise und ernsthaft gefährdet, den Bereich des Demokratischen zu verlassen und sich zur Postdemokratie zu entwickeln? Oder sind die demokratischen Systeme nur einem – möglicherweise notwendigen – Formwandel unterlegen, der in der Anpassung an eine sich globalisierende und individualisierende Umwelt begründet liegt? Dieser Aufsatz verfolgt die These, dass der Postdemokratie-Begriff trotz modelltheoretischer Kritikpunkte beibehalten werden kann, um eine empirisch motivierte Analyse der Problemfelder etablierter Demokratien zu unternehmen. Der Vorteil des Postdemokratie-Begriffes liegt darin, dass damit ein Schwellenwert zwischen demokratisch und postdemokratisch beschrieben werden muss. Insofern argumentiert die vorliegende Abhandlung, dass sich die zentralen Problemfelder westlicher Demokratien in den Bereichen der Partizipation, Repräsentation und Legitimation zusammenfassen lassen und für jeden dieser Bereiche mittels zweier Unterindikatoren die Abgrenzung zwischen Funktionalität und postdemokratischem Defekt gelingt. Dieser dreidimensionale Analyserahmen kann dann als Ausgangspunkt dienen, die genannten Veränderungen in den westlichen Demokratien auf ihren systemischen Charakter hin zu untersuchen.

Abstract: Are Western democracies in crisis and face a serious change from the democratic to the postdemocratic sphere? Or are democratic systems just going through a transformation process, in terms of an adaptation to globalizing and individualizing environmental conditions? This paper argues that in spite of being criticized from a model specific point of view, the term postdemocracy can be used to analyze critical developments in Western democracies. The crucial advantage of maintaining this term is that it includes the need to define a threshold between democracy and postdemocracy. Making that point, this paper proposes to summarize crucial problem areas of established democracies within the dimensions of participation, representation and legitimacy, and to define the threshold between functionality and postdemocratic deficiency along two subindicators for each dimension. This three-dimensional approach can be used to describe changes within Western democracies and analyze whether they have systemic character or not.

^{*} Simon Bein M.A., Universität Regensburg
Kontakt: simon.bein@politik.uni-regensburg.de

Sind die westlichen Demokratien wirklich auf dem Weg, sich zu postdemokratischen Systemen zu transformieren (vgl. Crouch 2015)?¹ Oder lassen sich die vielbeschriebenen „Krisen“² der Demokratie (vgl. Merkel 2015) innerhalb des normativ-theoretischen Mindestanspruches an ein noch-demokratisches System verorten? Diese Frage ist seit der 2004 von Colin Crouch veröffentlichten These zur Postdemokratie in der Politikwissenschaft und in angrenzenden Disziplinen breit diskutiert worden. Der vorliegende Aufsatz argumentiert, dass der Begriff der Postdemokratie nach wie vor einen wichtigen Beitrag zum Diskurs über den Zustand der westlichen Demokratien liefern kann, aber zur empirischen Anwendbarkeit in einen neuen, dreidimensionalen Rahmen gebracht werden muss. Die vielfältigen Problemfelder der Demokratien werden zwar bereits seit längerem diskutiert (Politikverdrossenheit, Rückgang der Wahlbeteiligung, Mitgliederschwund in Parteien und Gewerkschaften, Exekutivdominanz, Auswirkungen von Globalisierung und internationalem Kapitalismus usw.), hier liegt der Fokus jedoch auf der Frage, wie lange diese Phänomene noch als „Krise“ bezeichnet werden können oder wann man von einer Transformation hin zu einem neuen ‚Normalzustand‘ sprechen muss. In eher negativer Lesart der These Michael Th. Grevens zur Erosion der ‚modernen‘ Demokratie stellt die Postdemokratie somit ein mögliches Szenario für den Versuch dar, die „vertraute normative Idee der Demokratie“ an eine Realität anzupassen, „die sich ihr nicht mehr fügen will“ (Grevens 2012: 99). Demnach soll nicht in einer normativ überlasteten Demokratietheorie verharret, sondern die Auswirkungen der Modernisierung auf die „praktisch-effektive“ Sinndeutung des Begriffes Demokratie untersucht werden. Das bedeutet, Postdemokratie weiterhin als Negativszenario der Entwicklung westlicher Demokratien zu verstehen, welches aus normativer Sicht zwar möglichst verhindert werden sollte, das aber eben aus empirischer Sicht einen Rahmen bietet, um die zentralen ‚Krisenherde‘ zu bündeln und den Blick für die Grenzen des demokratischen Bereiches zu schärfen.

Die Krise der Demokratie ist ein zentraler Forschungsbereich geworden und zahlreiche Studien setzen sich gegenwärtig mit dem Zustand der (westlichen) Demokratie auseinander, auch ohne den Begriff der „Post“-Demokratie zu verwenden. Die Bewertung fällt allerdings unterschiedlich aus: So spricht beispielsweise Peter Mair (2013) von der Aushöhlung und Hanspeter Kriesi (2013) von Herausforderungen der Demokratie, André Brodocz et al. (2009) sprechen von Bedrohungen ebendieser. Greven hingegen postuliert einen erosionsartigen „Wandel der Demokratie zu etwas Neuem, bisher nur unzureichend auf den Begriff zu Bringendem“ (2012: 93).³ Manche wollen den pessimistischen Rufen

-
- 1 Für die wertvolle Diskussion zum ersten Entwurf danke ich Alexander Wohnig und Oliver Schlenkrich, für die ebenfalls wertvollen und immer konstruktiven Hinweise danke ich den Gutachter*innen der ZPTH.
 - 2 Der Begriff der Krise, vom griechischen Wort *krisis* (= Entscheidung, entscheidende Wendung) abstammend, wird in diesem Zusammenhang oft uneinheitlich verwendet und folgt keiner strengen Definition (vgl. Dreher 2010). Stellt beispielsweise die Finanzkrise eher eine Krise in Form einer „kurzfristigen Problemsituation“ (ebd.: 530) dar, so erscheint die generelle Krise der Demokratie eher als „struktureller, längerandauernder [sic] Transformationsprozess“ (ebd.). Dieser Aufsatz versteht insofern unter einer Krise relevante Veränderungen der Funktionsweise etablierter Demokratien. An einem noch vor uns liegenden Wendepunkt wird dann entweder die Schwelle zu etwas Neuem überschritten oder die „Krise“ eingedämmt worden sein.
 - 3 In einer kritischen Replik auf die Erosionsthese Grevens schreibt Markus Linden: „Es ist folglich kein Grund ersichtlich, einen gedanklichen Abschied von der Demokratie heraufzubeschwören“ (2012: 112). Er attestiert der These Grevens zwar eine treffende Analyse des Krisenphänomens, sieht jedoch eine Lösung nur auf demokratischem Wege als möglich.

über die Demokratie in der Krise mit Verweis auf eine tendenzielle Stabilität der westlichen demokratischen Systeme keineswegs folgen (vgl. Levitsky/Way 2015) oder legen den Fokus explizit auf jene Bereiche, in denen die westlichen Verfassungsstaaten in den letzten Jahrzehnten durchaus erhebliche Fortschritte erzielt haben (vgl. Rosanvallon 2008; von Beyme 2013: 132 ff.).⁴ Insgesamt wurde der Begriff der Postdemokratie „begierig“ (Linden 2012: 102) wie auch kritisch aufgenommen.

Der ideengeschichtliche Kontext postdemokratischer Kritik kann auf das Ende des 20. Jahrhunderts festgelegt werden, als die bewährten Rahmenbedingungen nationalstaatlicher Demokratien durch die Gründung der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa, die Erweiterung der europäischen Integration und die wachsende Globalisierung unter Druck gerieten. Zentrale Symptome postdemokratischer Verhältnisse sind – und hierbei orientiere ich mich wie auch im Folgenden in erster Linie an Crouch – die starke Macht ökonomischer Eliten, die Aushöhlung demokratischer Verfahren durch die Herrschaft von Experten und der Rückgang des Wohlfahrtsstaates. Dadurch entstehe ein „Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben“ (Crouch 2015: 10). Postdemokratische Symptome fänden sich bereits in den verschiedensten Bereichen des demokratischen Gemeinwesens, zurückzuführen seien alle auf den gleichen gemeinsamen Nenner: Die Macht ökonomischer Eliten. Zwar wirft Crouch die Frage auf, welchen Weg es aus dieser Entwicklung gibt, doch trotz aller Schärfe der Neoliberalismus-Kritik nimmt er von einer generellen Systemkritik Abstand: „Diese Option steht heute nicht länger offen“ (ebd.: 133). Als Gegenstrategie solle die EU beispielsweise ein stärkerer Garant der demokratischen Freiheiten werden sowie politische Parteien und soziale Bewegungen anti-elitäre Lobbyarbeit leisten (vgl. ebd.: 155). Insgesamt sind diese Vorschläge wenig innovativ, betrachtet man die Tragweite der identifizierten Probleme. In den jüngsten Beiträgen (vgl. 2016; 2017) sieht Crouch die Postdemokratie durch das Zeitgeschehen in den westlichen Demokratien näher rücken: Zum einen seien nationalistische Bewegungen und die politische Rechte zum Hauptkritiker der Globalisierung geworden, was sich als paradox erweise: „Die Globalisierung ist auch ein Projekt des Neoliberalismus – und der ist seit mehreren Jahrzehnten eine Ideologie der Rechten“ (Crouch 2017). Zum anderen zeigten der Umgang der Demokratien mit der Finanzkrise und der Vertrauensverlust in die Politik die Tendenz der Postdemokratisierung.

Auf vielfältige Art und Weise haben Autoren und Autorinnen den ursprünglich von Jaques Rancière (1999 [1995]) eingeführten Begriff der Postdemokratie weiterverwendet (vgl. Jörke 2005; Mouffe 2011; Blühdorn 2013) oder die These kritisch rezensiert (vgl. Richter 2006; Hennig 2010; Haus 2012). Manfred G. Schmidt (2014) beispielsweise widerspricht der These der Postdemokratie aus der Perspektive der empirischen Demokratietheorie heraus und verweist unter anderem auf jene Studien, die in den Industrienationen ein steigendes politisches Interesse seitens der Bürger nachweisen. Etwas spezifischer sind die Ausführungen bei Thore Prien (2016) angelegt, der vor allem die modelltheoreti-

4 Pierre Rosanvallon (2008) beschreibt unter dem Begriff der *counter-democracy* drei Formen des demokratischen Misstrauens: „powers of oversight, forms of prevention, and testing of judgements“ (ebd.: 8). Durch diese drei außerhalb der elektoral-repräsentativen Institutionen angesiedelten Maßnahmen werde die Demokratie aus der Gesellschaft heraus gestärkt. „It seeks to complement those institutions and extend their influence, to shore them up“ (ebd.).

sche Konzeption der demokratischen Parabel Crouchs kritisiert. Das idealtypische Demokratiemodell könne laut Crouch „vermutlich in den ersten Jahren nach ihrer Einführung oder nach tiefen politischen Krisen, Zeiten, in denen der Enthusiasmus für dieses politische System weiter verbreitet ist“ (2015: 14) am ehesten erreicht werden. Die Bestimmung dieses Höhepunkts der Demokratie sei aber unpräzise: Bereits zu dieser Zeit hatten die Demokratien mit jenen Problemen zu kämpfen, die heute als postdemokratisch aufgeführt werden und andere Aspekte haben sich im Umkehrschluss deutlich verbessert. Hierzu gehöre der Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen wie beispielsweise das Frauen in einigen Ländern lange verwehrt Wahlrecht oder die Emanzipation von ethnischen und sprachlichen Minderheiten (vgl. Prien 2016: 65). Insgesamt kann ein wesentlicher Kritikpunkt so zusammengefasst werden: „Wichtige empirische Belege ihrer Thesen [stehen] auch knapp zehn Jahre nach dem Beginn einer breiten wissenschaftlichen Diskussion über die Postdemokratie noch aus“ (Ritzi 2014: 166). Dennoch wird an anderer Stelle dafür plädiert, den Postdemokratie-Begriff als „Warnbegriff, der den Sinn der Bürger für Gefahren“ (Müller 2014: 127) schärfen soll, beizubehalten. Bereits 2005 meint Dirk Jörke, „dass wir mit Blick auf die etablierten westlichen Demokratien momentan guten Grund haben, der [...] Begriffsstrategie zu folgen und von ‚postdemokratischen‘ Verhältnissen zu sprechen“ (2005: 482). Von einem „kohärenten politikwissenschaftlichen Konzept“, als das es Claudia Ritzi beurteilt (2014: 106), ist der Postdemokratie-Begriff mit Sicherheit aber noch weit entfernt. Er thematisiert zwar die richtigen Problemfelder, scheitert jedoch an einer konsistenten und systematischen Analyse (vgl. Hennig 2010: 34) und es fehlt an einer trennscharfen Beschreibung des Übergangs zum „Nicht-mehr-Demokratischen“ (Hidalgo 2012: 485).

Im Folgenden soll hier nicht das Modell der Postdemokratie – speziell jenes von Crouch und die modelltheoretisch formulierte Kritik daran – im Mittelpunkt stehen, sondern basierend auf einem eigenen, erweiterten Verständnis von Postdemokratie ein Vorschlag zur Neuformulierung des Konzeptes dargelegt werden. Wie diese einleitenden Ausführungen zeigen sollten, liegt der Postdemokratie bisher kein empirisch belastbares Konzept zugrunde, andererseits existiert aber auch keine Widerlegung der angesprochenen Symptome. Im nächsten Abschnitt wird die Synthese zwischen theoretischem Diskurs und empirischer Forschung zur Qualität westlicher Demokratien entworfen. Daran anschließend kann die zentrale These dieser Abhandlung formuliert werden.

1. Neuformulierung des postdemokratischen Ansatzes: Möglichkeiten eines verbrauchten Begriffes?

„Is the crisis of democracy an invention of theoretically complex but empirically ignorant theorists who usually adhere to an excessively normative ideal of democracy“ (Merkel 2014: 12)? Mit dieser Frage wird die normativ angeleitete Theorie zur Krise der Demokratie empirischen Analysen der Demokratieforschung gegenübergestellt. Beispielsweise befindet sich den Angaben etablierter Messungen wie *Freedom House* und *Polity* zufolge die Zahl der Demokratien weltweit zwar in stabilem Zustand und 89 von 195 untersuchten Staaten, also 46 Prozent, werden als frei eingestuft (vgl. Freedom House 2015). Dies ist für Steven Levitsky und Lucan Way (2015: 48) Grund genug, den Rückgang der Demokratie als Mythos zu bezeichnen. Aber sowohl *Freedom House*, das bürgerliche Freiheiten und politische Rechte über zwei Skalen misst, als auch *Polity* mit der Messung

demokratischer Qualität von Staatsverfassungen sind nicht wirklich geeignet, um eine postdemokratische Aushöhlung etablierter Demokratien zu beurteilen. Weiter fragt Wolfgang Merkel (vgl. 2014: 12), ob möglicherweise auch die zu starke Beschränkung empirischer Analysen auf Teildiagnosen und eine daraus resultierende positivistische Oberflächlichkeit eine weitere Möglichkeit für die Diskrepanz zwischen theoretischen und empirischen Analysen zur Demokratiequalität sei? An dieser Stelle soll nun aufbauend auf den grundlegenden Überlegungen der Postdemokratie-These die Verbindung zu den empirischen Untersuchungsfeldern hergestellt werden. So kann der Postdemokratie-Begriff einerseits aus der Falle der „theoretically complex but empirically ignorant theorists“ (ebd.) herausgeholt werden und andererseits berücksichtigt werden, dass „the deeper causes and crisis phenomena [...] arise from cumulative interdependence between individual occurrences of crisis“ (ebd.).

Mit Sicherheit ließen sich auch aus modelltheoretischer Perspektive wichtige Kritikpunkte an Begriff und Konzept der Postdemokratie anbringen. Die vorliegende Abhandlung verfolgt nun jedoch in erster Linie das Ziel einer empirisch-induktiven Herangehensweise. Welchen Erkenntnisgewinn kann eine empirische Annäherung an den Zustand der westlichen Demokratien mittels eines neuformulierten Begriffs der Postdemokratie trotz aller Kritik liefern? Die Antwort darauf stellt gleichermaßen die diesem Aufsatz zugrundeliegende These dar: Die Schwäche des Postdemokratie-Ansatzes ergibt sich aus einer mangelnden inhaltlichen Systematisierung und dadurch bedingten begrifflichen Unschärfe.⁵ Notwendig ist ein systematisch entwickeltes Verständnis des gegenwärtigen Zustandes der Demokratie sowie eine klare Bewertungsskala zur Feststellung des ‚Danach‘. Denn „welches Erscheinungsbild der Demokratie geht der Postdemokratie voraus“ (Richter 2016: 16)? Durch die hier formulierte, stärker empirisch motivierte Herangehensweise kann der Begriff der Postdemokratie beibehalten und als geeignetes Konzept zur kritischen Analyse der politischen Realität in den Demokratien des Westens herangezogen werden. Postdemokratie wird demnach als ein Begriff im Rahmen der demokratischen Krisendiagnosen verstanden, der in Weiterführung der bisherigen Ansätze die ‚Krisen‘ der Demokratie bündelt und über den Schwellenwert von der Demokratie hin zur Postdemokratie hinaus weiterdenkt. Die Bestimmung dieser Grenze ist dabei, wie immer in der (empirischen) Demokratieforschung, eine zentrale Herausforderung. Um das Abstrakte einer allgemeinen Krise des Demokratischen und den Übergang hin zum Postdemokratischen erfassbar zu machen, schlage ich die Abstufung in einem dreidimensionalen Leitmuster vor. Mittels der drei Dimensionen Partizipation, Repräsentation und Legitimation können auf einer nächsten Ebene insgesamt sechs Indikatoren (je zwei) empirisch beobachtet werden, die sich als die zentralen Problembereiche westlicher Demokratien zusammenfassen lassen. An dieser Stelle ist auch begriffliche Klarheit darüber zu schaffen, was ein ‚Problembereich‘ ist und wie seine Relevanz begründet und von anderen, hier nicht aufgenommenen Aspekten abgegrenzt werden kann.

Die drei Dimensionen Freiheit, Gleichheit und Kontrolle stellen ein bewährtes Demokratiekonzept mittlerer Reichweite dar, das beispielsweise Merkels (2014) eingebetteter Demokratie oder der dreidimensionalen Demokratiekonzeption von Hans-Joachim Lauth (2004) zugrunde liegt. Die Kontrolle ergänzt dabei das klassische Demokratieverständnis von Partizipation und Wettbewerb der dahlschen Polyarchie. Ich nehme an, dass der Wan-

5 Die Frage des Maßstabes und der trennscharfen Definition von Schwellenwerten ist das generelle Grundproblem aller Versuche, den demokratischen Gehalt eines Systems empirisch zu fassen (vgl. Lauth 2004).

del hin zur Postdemokratie mit einer Erosion demokratischer Qualität entlang dieser drei Demokratiedimensionen einhergehen muss, wenn der Krise der Demokratie ein systematischer Charakter zugeschrieben werden soll. Analog dazu schlage ich die Systematisierung der postdemokratischen Defekte in den bereits erwähnten Kategorien Krise der Partizipation, Krise der Repräsentation und Krise der Legitimation vor, was der Bandbreite des dreidimensionalen Demokratiekonzeptes entspricht. Die zwei bereits von Robert A. Dahl definierten Demokratiedimensionen Freiheit und Gleichheit sind in wechselseitiger Bedingung die Grundlage für Partizipation und Repräsentation (vgl. Lauth 2004: 97 f.). Die Kontrolle und das Vorhandensein reell funktionierender Kontrollmechanismen stellen wiederum den Kern demokratischer Legitimation dar, versteht man unter Demokratie die Machtausübung auf Zeit, das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition und die Rückkoppelung beziehungsweise Rechtfertigung politischer Entscheidungen und Ergebnisse an den *demos* (vgl. ebd.: 77 ff.). Das zugrundeliegende Demokratieverständnis baut somit auf den Überlegungen der Systemtheorie auf, wonach die elektoral-repräsentative Demokratie aus mehreren Teilsystemen besteht, deren innere Funktionalität sich auf das Funktionieren des Gesamtsystems auswirkt. Aus dieser systemtheoretischen Annahme heraus ergibt sich dann auch die Folgerung, dass bei einem Defekt innerhalb eines Teilsystems Defekte in der demokratischen Qualität des Gesamtsystems auftreten. Partizipation, Repräsentation und Legitimation werden demgemäß als „konstitutive Merkmale“ (ebd.: 96) einer elektoral-repräsentativen Demokratie innerhalb der westlichen Verfassungsstaaten verstanden.

Die Begründung dieser drei zentralen Dimensionen erfolgt einerseits, wie bereits geschildert, aus der systemtheoretisch erforderlichen Mehrdimensionalität des Demokratieverständnisses – die westlichen Demokratien in der Form elektoral-repräsentativer Verfassungsstaaten sind nicht ohne eines dieser drei Prinzipien denkbar (vgl. Abschnitt 2.2). Andererseits, und das bestärkt die systemtheoretische These, lassen sich die wesentlichen Argumentationslinien zur ‚Krise der Demokratie‘ eben in diesen drei Bereichen zusammenfassen.⁶

2. Drei zentrale Merkmale westlicher Demokratien und ihre postdemokratischen Defekte

2.1 Krise der Partizipation

Das Recht, in einem demokratischen Gemeinwesen Einfluss auf diejenigen Entscheidungen zu nehmen, die einen selbst betreffen, zählt zu den grundlegenden Freiheiten der Demokratie. Otfried Höffe drückt dies so aus: „Wenn es schon eine Herrschaft von Menschen über Menschen braucht, dann sollte sie von den Betroffenen ausgehen und ihren Interessen dienen“ (2009: 290).

Partizipation ist im Sinne eines prozeduralen Demokratieverständnisses insofern von unabdingbarem Wert, da über sie einzelne Bürger*innen oder Gruppen durch ihren *input* „mit dem politischen System verbunden werden“ (Lauth 2004: 139).

6 Neben der Partizipation, der Repräsentation und der Legitimation wird unter anderem auch eine Krise des Vertrauens diskutiert (vgl. Dalton 2008). Vertrauen kann aber insofern als Element der drei genannten Dimensionen verstanden werden, als dass es notwendiges Element des Repräsentationsprinzips, aber auch Stabilitäts- und Legitimationsfaktor für die grundlegenden Akteure und Institutionen des politischen Systems ist.

Ingolfur Blühdorn beschreibt in seiner Analyse der „veränderten partizipatorischen Bedürfnisse der postdemokratischen Konstellation“ (2013: 189) vier gegenwärtige Trends: wachsende Politikverdrossenheit und politische Apathie bei einer gleichzeitigen Vervielfältigung politischer Beteiligungsmöglichkeiten, wachsende soziale und politische Ungleichheit und die versuchte Wiederbelebung der partizipativen Demokratie durch neue und innovative Beteiligungsformate (vgl. ebd.: 187). Ursächlich hierfür zeigen sich demnach die Erosion klassischer Sozialmilieus und gruppenbezogener Bindungen innerhalb westlicher Gesellschaften, die eine starke Individualisierung politischer Partizipation bedingt. Zwar gibt es immer wieder Wellen öffentlichen Protests, etwa gegen Großbauprojekte oder Freihandelsabkommen (vgl. Richter 2016: 17), dennoch ist diese Form der Partizipation abhängig von der direkten Betroffenheit, also stark themenspezifisch und eher entideologisiert. Es kann festgehalten werden, dass sich die Formen politischer Partizipation wandeln und vervielfältigen, die klassische Beteiligung bei Wahlen – mit Ausnahmen – zurückgeht und sich die Organisationsformen politischer Partizipation verändern. Die Funktion von Partizipation in der Postdemokratie, so Blühdorn (vgl. 2013: 190 ff.), sei nicht mehr die Einflussnahme auf politische Inhalte oder die Legitimation von Politik, sondern die simulative Selbsterfahrung als demokratisches Subjekt.

In welchen empirisch zu beobachtenden Ursachen liegen die von Blühdorn beschriebenen Negativtrends wachsender Apathie und politischen Misstrauens, sozialer und politischer Ungleichheit begründet? Und wie kann ein möglicher Schwellenwert zur Postdemokratie festgelegt werden?

Ein erstes Spannungsfeld, das die Freiheit zur politischen Beteiligung potenziell einschränken kann, ist jenes zwischen Freiheit und Sicherheit (vgl. Müller 2009). Verschiebt sich die Balance zu Gunsten der Sicherheit, kann es zur Einschränkung von Freiheitsrechten kommen. Roland Roth spricht bezüglich der westlichen Demokratien von einer „Krise der Menschen- und Bürgerrechte“ (2011: 61), die sich spätestens seit den Ereignissen rund um den 11. September 2001 nicht nur in den USA manifestiere. Dazu schreibt Wendy Brown:

„[D]urch neoliberale Verschiebungen liberaler politischer Grundsätze [...] zugunsten von Kosten, Nutzen und Effektivität reagiert der Sicherheitsstaat auf die Erosion und Bedrohung der staatlichen Souveränität mit einer Reihe ungewollt demokratieschädlicher Maßnahmen“ (2012: 63).

Eine Krise der Partizipation manifestiert sich dann, wenn die freie Ausübung von Menschen- und Freiheitsrechten systematisch eingeschränkt wird.⁷ Die „freie Ausübung politischer Beteiligung wird wesentlich durch den sicheren Schutz des Individuums vor willkürlichen Übergriffen bedingt“ (Tannenberg 2015: 378). Dies ist die Beschreibung der negativen Freiheit, also der Freiheit von etwas. Sie ist eine Voraussetzung für positive Freiheit, also die „Freiheit etwas zu tun, sich am politischen Prozess zu beteiligen“ (Riescher 2014: 23). In der Postdemokratie werden laut Crouch bürgerliche Freiheitsrechte missachtet und negative Rechte überwiegen gegenüber positiven Bürgerrechten zur akti-

7 Zwischen 1995 und 2007 haben nur vier von 29 untersuchten Demokratien keine Menschenrechtsverletzungen begangen. Am schlechtesten schnitten Südafrika, USA, Spanien und Italien ab; am besten die skandinavischen Staaten (vgl. Tannenberg 2015: 391). Um anhand dieser Studie eine Krise erkennen zu können, fehlen freilich Vergleichsdaten aus der Zeit vor dem vermuteten Anbruch der Postdemokratisierung. Allerdings stimmen auch weitere Autoren darin überein, dass vor allem die Terrorismusgefahr in den westlichen Ländern zu einer ständigen Ausweitung staatlicher Sicherheitsmaßnahmen führe (vgl. Roth 2011: 61; Riescher 2014: 20).

ven Gestaltung eines Gemeinwesens (vgl. 2015: 22). Er beschreibt als Folge einen „negativen Aktivismus“ (ebd.) mit dem Hauptziel, sich gegen den Staat zu wehren, vor Gericht zu ziehen und sein Eigentum zu schützen. Der internationale Terrorismus ist für die fragile Balance zwischen Freiheit und Sicherheit derzeit die größte Gefahr in den westlichen Ländern (vgl. Hidalgo 2012: 374). In einigen Demokratien werden provisorische Notstandsverordnungen zum Normalzustand. Wehrhafte Verfassungsstaaten sollen das freiheitliche Leben durch Sicherheitsgarantien schützen und laufen dabei Gefahr, dass „die Einschränkung ihrer Prinzipien die Volksherrschaft am Ende zu Tode schützt“ (ebd.: 372). Aiko Wagner und Sascha Kneip (vgl. 2015: 362 f.) zeigen eine negative Entwicklung bürgerlicher Freiheitsrechte auf, besonders in den Bereichen der Religionsfreiheit, der Integrität des Rechtssystems, der politischen Gewalt beziehungsweise des politischen Terrorismus sowie der Anwendung von Folter. Insgesamt wird deutlich, dass durch die Spannung von Sicherheit und Freiheit vor allem ein negativer Freiheitsbegriff überwiegt und die zunehmende Versicherheitlichung negative Auswirkungen auf die politische Partizipation haben kann.⁸ Sicherlich ist dieser erste Indikator, die zunehmende Versicherheitlichung und Einschränkung von Freiheitsrechten, empirisch am schwierigsten einer Krise der Partizipation zuzuordnen. Letztendlich gelingt dies insofern annäherungsweise, als sich die in der Postdemokratie beschriebene „Krise der Menschen- und Bürgerrechte“ (Roth 2011: 61) als antinomische Spannung zwischen Freiheit und Sicherheit – zugunsten letzterer – ausdrückt und die Freiheit wiederum als Voraussetzung für Partizipation verstanden wird.

Der zweite Indikator einer Krise der Partizipation ist soziale und politische Ungleichheit. Aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs der Nachkriegsdemokratien entstand bezüglich der Kompatibilität von Demokratie und Kapitalismus eine gewisse Euphorie, da ein relativ großer Teil der Bevölkerung davon profitierte und am Wohlstand teilhaben konnte. Die Zeit des unbegrenzten Wirtschaftswachstums in den etablierten Demokratien ist jedoch vorbei (vgl. Streeck 2015) und eine starke „Ungleichheitsdynamik“ (Roth 2011: 50) ist zu beobachten. In allen OECD-Staaten steigt die innerstaatliche soziale Ungleichheit seit Mitte der siebziger Jahre an (vgl. Piketty 2014; Schäfer 2010).

Soziale Ungleichheit sollte unter demokratischen Bedingungen nicht zu politischer Ungleichheit führen, folgt man dem egalitaristischen Demokratieverständnis vieler postdemokratischer Autoren und Autorinnen (vgl. Crouch 2015; Ritzi 2016). Demzufolge ist für das Verständnis politischer Ungleichheit die Betrachtung der sozialen Gegebenheiten notwendig. Crouch bilanziert: „[D]er Sieg des Neoliberalismus machte Schluss mit dem Abbau sozialer und ökonomischer Unterschiede, der wachsenden Unterstützung der sozial Schwachen und der Privilegierung gemeinschaftlicher Interessen“ (2013: 225). Im egalitaristischen Demokratieverständnis benötigt die liberale Demokratie soziale Elemente, will sie im Interesse Aller funktionieren. Ritzi beschreibt die „Erosion der sozialen Grundlagen von Demokratie“ (2016: 209) als Ergebnis der neoliberalen Hegemonie, woraus die *de facto*-Aushöhlung der formalen Gleichheit resultiere. Diese Annahme ist ein zentrales Argument in der Literatur zur Postdemokratie, wenngleich eine empirisch umfassende Darstellung dieser Entwicklung zumeist ausbleibt. Doch auch außerhalb des Postdemokratie-Diskurses wird die steigende soziale Ungleichheit diskutiert. Der GINI-Koeffizient zur Analyse der Einkommensungleichheit ist seit den 1980er Jahren in zwei

8 Gegenteiler Ansicht ist Benjamin Barber, der eine *starke Demokratie* beschreibt, in der sich eine aktive, partizipatorische Bürgergesellschaft dem Terrorismus entgegensetzt und zur Herstellung demokratischer Sicherheit beiträgt (vgl. Barber 2007). Vielleicht ist es aber gerade die dafür notwendige Freiheit von Furcht, die in der Postdemokratie nicht erfüllt wird (vgl. Gusy 2008).

Dritteln aller OECD-Staaten angestiegen, besonders stark in Deutschland, Großbritannien und den USA (vgl. Schäfer 2010: 134). In den USA beispielsweise steigt das absolute Einkommen der obersten fünf Prozent seit 1947 zehnmal schneller als das der untersten 20 Prozent. Insgesamt sind die Einkommensunterschiede seit dem Zweiten Weltkrieg stark angestiegen (vgl. Bartels 2016: 7 f.).

Im Zusammenhang mit sozialer und politischer Ungleichheit wird deutlich, dass politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von den zur Verfügung stehenden sozio-ökonomischen Ressourcen abhängen. Selbst das Wählen, die einfachste Form der politischen Partizipation, ist nicht ohne jegliche Voraussetzung (vgl. Weßels 2015). Der Gang zur Wahlurne erfordert ein bestimmtes Maß an Informations- und Opportunitätskosten, welche wiederum in der Gesellschaft ungleich verteilt sind. Auf dem Papier gilt in den westlichen Demokratien uneingeschränkt das Prinzip *one (wo)man one vote*. Bereits Sidney Verba und Norman H. Nie (vgl. 1972: 12) zeigten, dass die politische Partizipation in der Bevölkerung der USA ungleich verteilt ist: Je höher das Einkommen, je besser der Bildungsstand und je besser die berufliche Position, desto eher geht eine Person zur Wahl. Heute zeigt sich in allen westlichen Demokratien eine Schieflage der politischen Partizipation entlang der von ihnen identifizierten Kategorien. Mit Blick auf die nicht-elektoralen Partizipationsformen, wie beispielsweise die Initiierung einer Unterschriftensammlung oder die Teilnahme an einem Bürgerforum, fällt der zu beobachtende Effekt deutlich stärker aus: Je anspruchsvoller die Beteiligungsform wird, desto niedriger ist das Engagement sozial Schwacher (vgl. Schäfer 2010: 143). Petra Böhnke urteilt dazu: „Zwar hat sich die Vielfalt der Beteiligungsformen erweitert, nicht jedoch ihr Nutzerkreis“ (2011: 19). In ländlichen Gebieten, der urbanen Peripherie sowie ehemaligen Industriestandorten hat sich eine „neue Unterschicht“ (Jörke 2011: 14) herausgebildet, die ungleich am politischen System partizipiert. Wenn die demokratischen Parteien die Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen weniger berücksichtigen, besteht die Gefahr einer politischen Marginalisierung bestimmter Schichten. Insofern bestätigt sich, dass soziale Ungleichheit durch die ungleiche Verteilung der Ressourcen im Vorfeld des Wahlaktes zu politischer Ungleichheit wird.

2.2 Krise der Repräsentation

Die Repräsentation ist das zentrale Element moderner Demokratien. Durch die Übertragung der Macht der Bürger*innen an ihre Stellvertreter*innen kann das Prinzip der Volkssouveränität auch in großen Flächenstaaten gewährleistet werden. In diesem Sinne kann man unter Repräsentation in ihrer grundlegenden Bedeutung die „Präsentation und Ausführung bestimmter Meinungen oder Wünsche einer Person B durch eine Person A“ (Rinderle 2015: 115) verstehen.

Doch das Repräsentationsprinzip der modernen Demokratie ist nicht ohne Gefahren: Das Funktionieren hängt am seidenen Faden zwischen Repräsentierten und Repräsentierenden. Um im oben genannten Bild zu bleiben, gibt es nämlich in Demokratien nicht zu jedem Interesse X eine Stellvertreterin Y, denn das Volk in seiner Gesamtheit wird von im Vergleich zur Gesamtbevölkerung relativ wenigen Personen vertreten. Das Bindeglied stellen meist politische Parteien dar. Ungleichheit in der Partizipation kann allerdings ungleiche Repräsentation politischer Interessen erzeugen und die Responsivität politischer Parteien und Akteure einschränken. Die zunehmende Ungleichheit politischer Partizipation als zentraler Aspekt der Postdemokratie wurde bereits dargestellt. So kritisiert Crouch

zum Beispiel den wachsenden Einfluss von „Repräsentanten mächtiger Interessengruppen, die nur für eine kleine Minderheit sprechen“ (2015: 30), wodurch das Gleichgewicht zwischen Repräsentierenden und Repräsentierten außer Kontrolle geraten sei und ein bestimmter Teil der ökonomischen und politischen Elite eine deutlich größere Chance habe, eigene Interessen zu verwirklichen, während „die Interessen normaler Bürger auf der Strecke bleiben“ (Blühdorn 2013: 204). Zwei zentrale Problemfelder lassen sich im Bereich der Repräsentationskrise zusammenfassen: Die Ungleichheit politischer Repräsentation und die Entwurzelung intermediärer Organisationen.

Die zentrale Institution einer Demokratie, in der gleiche Repräsentation der Interessen stattfinden kann und soll, ist die Legislative. Im Idealfall hat jede Bürgerin und jeder Bürger die gleichen Möglichkeiten, sich für die eigenen Interessen einzubringen und politisch repräsentiert zu werden. Doch bestätigte sich, dass sich ungleiche Partizipation in ungleiche Repräsentation übersetzen lässt: Auf jeder Stufe der Repräsentationskette von der Wahl zum Parteimitglied, von der Kandidatur hin zur oder zum Abgeordneten wird der Anteil der Personen mit niedrigerem sozio-ökonomischem Status weniger und beispielsweise der Deutsche Bundestag dadurch zum „Akademikerparlament“ (Schäfer 2013: 553). Die daraus entstehende Form der Ungleichheit beschreibt zunächst deskriptiv die Zusammensetzung nach sozialer Schicht, Geschlecht und ethnischer Herkunft. Hiervon zu unterscheiden ist die substanzielle Repräsentation politischer Präferenzen (vgl. Lehmann et al. 2015: 161). Die besondere Rolle der Parteien ergibt sich daraus, dass diese das politische Personal rekrutieren und darüber entscheiden, wen die Bürger*innen als Repräsentanten auswählen können. Finden sich die Interessen aller Bevölkerungsschichten zu gleichen Teilen in den Interessen der Abgeordneten wieder? Die Studie von Pola Lehmann et al. (2015) zeigt, dass die Interessen der „Unterschicht“⁹ in acht untersuchten Demokratien schlechter repräsentiert werden als die der anderen sozialen Schichten und die Parteien in ihrer Mehrheit die Interessen aus den oberen Schichten besser repräsentieren als die der Unterschicht. Schichtzugehörigkeit ist dabei über Bildung und Einkommen definiert. Auch Alexander Petring (vgl. 2015: 241) kann einen ausreichend starken Zusammenhang zwischen programmatischem Verhalten der Parteien und den Bevölkerungseinstellungen zum Thema soziale Ungleichheit feststellen.

„The age of party democracy has passed“ (Mair 2013: 1), stellt Mair fest: Die gegenwärtige Lage der Parteien ist demzufolge ein zentraler, zweiter Aspekt für die postdemokratische Entfernung der repräsentativen Demokratie von ihren Bürger*innen. Eine wachsende Ablehnung und Feindlichkeit gegenüber etablierten Formen politischer Organisation manifestiert sich im Rückgang von Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaft sowie einem zunehmenden Vertrauensverlust, und selbsternannte Anti-Establishment-Bewegungen fordern die ‚Etablierten‘ heraus. Außerdem ist eine zunehmende Personalisierung hin zu charismatischen Führungspersonen zu beobachten, die mit Hilfe der Medien den direkten Kontakt zum Volk suchen und den parteiinternen Willensbildungsprozess umgehen (vgl. Dalton et al. 2013: 228 ff.). Populistische Parteien sind jüngst in vielen liberalen Demokratien entstanden – so sei beispielsweise auf den rasanten Aufstieg der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien verwiesen (vgl. Carboni 2016) – und üben mit der Forderung

9 Dieser Terminus wird in der Originalstudie (Lehmann et al. 2015) so verwendet: Ein zweidimensionales Modell mit den Variablen Einkommen und Bildung teilt dabei die Gesellschaft in Unter-, Mittel- und Oberschicht ein. Als Unterschicht wird dabei jener Teil der Bevölkerung verstanden, der in Bezug auf beide Dimensionen Ressourcenarmut aufweist (ebd.: 159).

nach direkter Demokratie Kritik an der repräsentativen Demokratie (vgl. Mudde 2004). Auf dem Weg zur Postdemokratie ist die Entwurzelung intermediärer Organisationen ein Symptom defekter Repräsentation. Passend zur Parabel-Metapher beschreibt Crouch auch die „Lage der Parteien“ (2015: 91) mit der Metapher konzentrischer Kreise, die von außen über die soziale Gruppe der Wählerschaft zu Parteimitgliedern und Parteiaktivisten hin zur inneren Führungsebene verlaufen. Dadurch wird die Verbindung zwischen Wähler*innen und Politiker*innen gewährleistet. Der Rückgang der direkten Wählerbindung zwingt die Parteien jedoch dazu, neue Wähler*innen stärker über Medien, Wahlumfragen und professionelle Kommunikationstechnik anzusprechen. Allerdings geht dies zu Lasten des mittleren Kreises, den „vermittelnden Instanzen“ (ebd.: 93), und die Parteien entfernen sich von der Bevölkerung, eine durchlässige Beziehung zwischen den Ebenen wird schwieriger. Für den Rückzug der Bürger*innen von konventionellen Beteiligungsformen gibt es einige Erklärungsversuche: Erosion sozialer Bindungen und Destrukturierung der Wählerschaft, steigendes *agenda setting* der Medien sowie ein Mehraufwand der Wähler*innengewinnung aufgrund hoher Volatilität. Es werde ein postdemokratischer Zustand erreicht, in dem „Theater und Spektakel“¹⁰ (Mair 2013: 44) den Mittelpunkt einer Demokratie kennzeichnen. Die Funktion der Parteien als intermediäre Vermittlungsinstanzen erscheint vernachlässigt, was sich besonders auf die Ausübung des *agenda settings*, die Organisationsform der Parteien sowie den Modus politischer Kommunikation auswirkt. Die politische Agenda wird zunehmend *top-down* anstelle von *bottom-up* organisierter Interessenaggregation durchgesetzt (vgl. Dommett 2016).

Besondere Bedeutung kommt den sozialdemokratischen Parteien zu. Mit Blick auf den Dritten Weg beispielsweise von *New Labour* in Großbritannien und der SPD in Deutschland urteilt Chantal Mouffe (vgl. 2011: 3), dass die ehemals linken Parteien sich in die Mitte bewegt und der neoliberalen Realität angepasst haben; die Verkündung politischer Entscheidungen als alternativlos und die Verwischung politischer Gegensätze sei demzufolge das zentrale Kennzeichen einer zunehmenden Entpolitisierung und Ursache von Politikverdrossenheit. Aber eine „liberale, demokratische Gesellschaft braucht [...] die Debatte über mögliche Alternativen. Sie muss Formen der politischen Identifikation anbieten, die auf klar unterscheidbaren *demokratischen* [Hervorhebung d. A.] Positionen beruhen“ (Mouffe 2015: 29). In einem Vergleich der Wahlprogramme von Parteien in 21 OECD-Staaten seit dem Jahr 1950 zeigt sich zwar kein systematischer Rückgang der generellen Differenzierung von programmatischen Positionen, allerdings ist die Sichtbarkeit dieser Alternativen in den Parlamenten sehr gering. Die Diskrepanz zwischen Wahlprogrammen und parlamentarischer Realität verweist „auf die Abweichungen zwischen den parlamentarisch repräsentierten und den in Regierungshandeln umgesetzten Programmalternativen“ (Volkens/Merz 2015: 116).

2.3 Krise der Legitimation

Rancière stellt drei grundlegende Bedingungen auf, um von einer Demokratie sprechen zu können: Die Identifikation eines zugehörigen Volkes, die Existenz „spezifischer Akteure des Politischen“ sowie der Streit des Volkes um politische Positionen, welcher „von einem mit sich selbst nicht identischen Subjekt geführt wird“ (2014: 129). Mit anderen

10 Eigene Übersetzung.

Worten: Die Demokratie bedarf eines klaren institutionellen Rahmens, innerhalb dessen zwischen den Entscheidenden und den Betroffenen politischer Entscheidungen eine symmetrische und kongruente Beziehung besteht. Eine politische Gemeinschaft muss sich also innerhalb eines festgelegten Raumes selbst regieren und Einfluss auf die sich selbst betreffenden Entscheidungen haben. In einer Weiterentwicklung des Systemmodells von David Easton hat Fritz W. Scharpf (2004) die Kategorien der Input- und Output-Legitimation formuliert. Die Input-Legitimation vollzieht sich auf einer prozeduralen Ebene und wird in den modernen Demokratien vorrangig mittels Wahlen erzeugt. Die Legitimationskette demokratischer Systeme endet aber nicht mit der Stimmabgabe. Zur Input-Seite zählt auch die Legislative, die das Volk und dessen Interessen repräsentiert. Am Ende des politischen Prozesses müssen politische Entscheidungen auf die Präferenzen der Mitglieder einer politischen Gemeinschaft zurückgeführt werden können, denn Input-Legitimation ist Ausdruck einer Herrschaft *durch* das Volk (vgl. Blatter 2007: 273). Die Output-Legitimation eines politischen Systems verkörpert das Prinzip der Herrschaft *für* das Volk, die durch effiziente und effektive Verwaltungsstrukturen, Lösung von politischen Problemen und die Garantie öffentlicher Güter erreicht wird (vgl. Nullmeier 2005: 431). Bewertet werden die Ergebnisse der Politik. In der Postdemokratie hingegen werde Politik gemacht, die sich statt auf die demokratische Willensbildung durch Wahlen auf die nachträgliche Erzeugung von Loyalität durch Politikergebnisse verlässt (vgl. Nohlen 2010).

Eine weitere zentrale Voraussetzung für Kontrolle und somit elementar für demokratische Legitimation ist Transparenz. Doch unter den Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung leidet besonders die legislative Kontrollfunktion und der Einfluss ökonomischer Akteure ist undurchsichtig und schwer kontrollierbar (vgl. Heyne 2015: 298 f.). Einer exekutivlastigen Regierungsweise wird oft Intransparenz vorgeworfen, zeichnet sich diese Art des Regierens doch häufig durch einen hohen Grad an Informalität aus. In komplexen Systemen versprechen informelle Regierungspraktiken größere Problemlösungseffektivität. Politische Macht wird dort jedoch nicht *per se* missbraucht, sondern die Achillesverse dieser Verfahren sind ihre Undurchsichtigkeit und das daraus resultierende Transparenzproblem (vgl. Czada 2015: 231 ff.). Die Legitimationskrise wird demnach unter den zwei Aspekten der Input- und Output-Legitimation sowie einer steigenden Intransparenz und Informalität gebündelt.

Zwei Aspekte können als Einschränkungen der input-orientierten Legitimation aufgeführt werden. Erstens führen die Auswirkungen der Globalisierung und Transnationalisierung dazu, dass Menschen verstärkt von politischen Entscheidungen betroffen sind, auf die sie keinen oder nur sehr geringen Einfluss haben (vgl. Kriesi 2013: 3 f.). Dahl beobachtete bereits vor über zwanzig Jahren: „A country's economic life, physical environment, national security, and survival are highly and probably increasingly dependent on actors and actions that are outside the country's boundaries and not directly subject to its government" (1994: 26).¹¹ Zweitens drückt sich der Rückgang der Input-Legitimation in

11 In einer empirischen Studie über die Auswirkungen der Globalisierung auf die Qualität etablierter Demokratien zeigt sich ein ambivalentes Ergebnis: Unterscheidet man ökonomische und politische Globalisierungsprozesse, ergeben sich sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Kontrolle etablierter Demokratien (vgl. Heyne 2015: 300). Einerseits hat ökonomische Globalisierung – wirtschaftliche Öffnung und Integration in den globalen Wirtschaftsmarkt – eine negative Auswirkung auf die nationale Demokratiequalität. Andererseits zeigen die Ergebnisse der Studie von Lea Heyne einen positiven Effekt der politischen Globalisierung – im Sinne supra- und internationaler Integration politischer Art – auf die Demokratiequalität (vgl. ebd.: 297).

einer zunehmenden Machtverschiebung von der Legislative hin zur Exekutive aus (vgl. Wöhl 2016: 42). Da parlamentarische Entscheidungsfindungsprozesse zeitaufwendig sind, werden diese in ausgelagerten Gremien, Expertenkommissionen oder intergouvernementalen Gipfeln getroffen und *ex post* im Schnellverfahren von den Parlamenten bestätigt (vgl. Jörke 2010). Regierungsformen post-parlamentarischer Governance sollen unter steigender Komplexität, und im Falle Europas in den Strukturen des europäischen Mehrebenensystems, die Steuerungsleistung moderner Demokratien aufrechterhalten (vgl. Linden 2011: 149). Dadurch verschiebt sich der Schwerpunkt des politischen Prozesses weg von der Legislative hin zur Exekutive (vgl. Blühdorn 2013: 13). In diesem Zusammenhang gewinnt die Qualität politischer Führung besondere Bedeutung, weswegen in Bezug auf Postdemokratie auch Überlegungen zur *leader democracy* zum Tragen kommen (vgl. Ritz/Schaal 2010). Besonders die Finanzkrise legte das Strukturproblem westlicher Demokratien offen: „Nicht nur die globalen Märkte, auch die Politik erscheint so komplex geworden zu sein, dass demokratische Willensbildungs- und Kontrollverfahren nicht mehr funktionieren können“ (Benz 2010: 64).

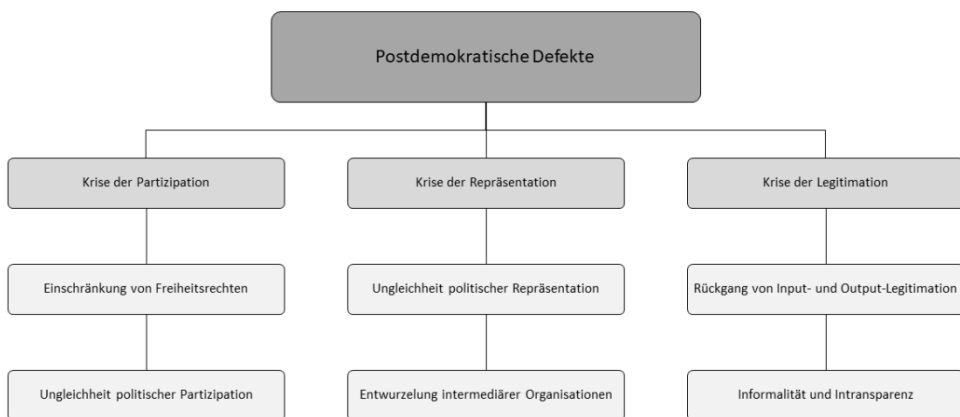
Auch das Modell der Output-Legitimation stoße, so der Tenor bezüglich postdemokratischer Krisensymptome, zunehmend an seine Grenzen. Crouch (2015: 114 ff.) kritisiert unter anderem die Vernachlässigung allgemeiner Interessen zu Gunsten privilegierter Minderheiten: Nicht nur durch Arbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsverhältnisse und soziale Ungleichheiten, sondern auch durch Vermarktung und Privatisierung öffentlicher Leistungen sind demgemäß die materiellen Grundlagen der Demokratie gefährdet, da auch staatliche Akteure zusehends der Gewinnmaximierung unterworfen sind (vgl. Wöhl 2016: 43). So beschreibt Jürgen Habermas einen Legitimationsverlust demokratischer Nationalstaaten durch zunehmende Dominanz des Marktes und der Folge, „dass der Nationalstaat seine Fähigkeit [...] wesentliche Grundlagen seiner Legitimität zu sichern, zunehmend verliert, ohne dass funktionale Äquivalente entstehen“ (1998: 120). Das von der Politik vorgegebene Paradigma der Haushaltsdisziplin im Zuge der Finanzkrise verdeutlicht, so Jörke (vgl. 2014), das outputorientierte Leistungsdefizit. In diesem Zusammenhang wird nun auch generell über die sozialen Grundlagen der (liberalen) Demokratie diskutiert (vgl. Bieling 2009). Der Übergang von der „keynesianisch-korporatistischen [...] zur wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise“ (ebd.: 123) habe jedoch ab den achtziger Jahren die politischen Gestaltungsmöglichkeiten reduziert und die soziale Komponente der nationalen Demokratien geschwächt. Die Wirtschaftskrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts könne auch als Folge einer bereits über Jahrzehnte praktizierten Politik der Deregulierung, Verschuldung und Privatisierung gesehen werden und sei möglicherweise das „alarmierendste Symptom eines erkrankten Europa[s]“ (Anderson 2015: 13). Demokratie und soziale Frage fallen in der Postdemokratie zusammen:

„Im Kontext der Postdemokratisierung gibt die Demokratie ein soziales Emanzipationsversprechen auf, das spätestens seit der Nachkriegszeit neben der politischen Emanzipation auch auf eine gewisse gesellschaftliche Gleichheit und die Ermächtigung sozialer Unterklassen gerichtet war“ (Eberl/Salomon 2016: 5).

Ein zweiter, fundamentaler Aspekt der Legitimationskrise im Zusammenhang mit Postdemokratie ist die zunehmende Informalisierung von Politik und eine damit einhergehende Intransparenz. Diese wiederum macht das politische Entscheidungssystem anfälliger für Korruption und Klientelismus. Häufig genannter Ausgangspunkt ist das Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus sowie die Machtverschiebung von der

legislativen zur exekutiven Gewalt. Durch die sich überlappenden Machtzentren von Politik und Ökonomie ergeben sich engere Beziehungen zwischen Politiker*innen und übrigen Eliten. Ein steigendes Maß an Korruption ist die Folge, die durch den beschriebenen Kontrollverlust seitens der Bürger*innen besonders problematisch erscheint. „Im Ergebnis haben wir es mit einem funktionalen Durcheinander zu tun. Die Anreize für korruptes Verhalten nehmen zu“ (Crouch 2015: 139). Anderson sieht durch den Rückgang des demokratischen Elements „eine alles durchdringende Korruption der politischen Klasse“ (ebd.: 7) entstehen: Korruption vor den Wahlen durch Wahlversprechungen und gegenseitige Gefälligkeiten, Korruption nach den Wahlen durch Veruntreuung öffentlicher Gelder, Bestechung, Stimmenkauf im Parlament und Fälschung von Lebensläufen sowie der Erlangung von Titeln (vgl. ebd.: 7 ff.). Crouch (vgl. 2015: 96) bedient sich zur Veranschaulichung des Beispiels der italienischen *Forza Italia* – der Partei Berlusconis – und verweist damit auf einen, zugegebenermaßen (noch) singulären Extremfall postdemokratischer Parteiorganisation.

Abbildung 1: Drei Dimensionen postdemokratischer Defekte



Eigene Darstellung.

Die in diesem Kapitel aufgeführte Dreiteilung postdemokratischer Tendenzen innerhalb der zentralen Dimensionen liberal-repräsentativer Demokratie – Partizipation, Repräsentation und Legitimation – sind in Abbildung 1 zusammenfassend dargestellt. Im Folgenden soll nun der Blick auf die Beziehung zwischen diesen drei Dimensionen sowie die Grenzziehung zwischen Demokratie und Postdemokratie geworfen werden.

2.4 Zur Beziehung der drei Dimensionen und dem Übergang von der Demokratie zur Postdemokratie

Es wurden nun die für den hier unterbreiteten Vorschlag zur Neuformulierung des Postdemokratie-Konzeptes grundlegenden Dimensionen der Partizipation, Repräsentation und Legitimation dargelegt. Für jeden dieser Bereiche können kritische Entwicklungen diagnostiziert werden. Aus einem prozeduralen, systemischen Verständnis der elektoral-repräsentativen Demokratie heraus kann nun formuliert werden, wann diese Problembereiche

den kritischen Wert erreichen und somit den Übergang vom „Demokratischen“ zum „Postdemokratischen“ markieren. Daraus ergibt sich die vorgeschlagene Definition von Postdemokratie: Eine Postdemokratie muss dann als solche bezeichnet werden, wenn für die in Abbildung 1 festgelegten Unterdimensionen der drei Bereiche Partizipation, Repräsentation und Legitimation ebenfalls eine „post“-Attribuierung zutreffend ist, wobei dann in jedem Teilbereich ein kritischer Wert überschritten wird, in dem die demokratietheoretisch begründete Funktionalität des Prinzips nicht mehr gegeben ist (vgl. Abb. 2).

Außerdem wird angenommen, dass eine kausale Beziehung zwischen den Krisen besteht, insofern eine Krise der Partizipation Auswirkungen auf die Repräsentation hat und deren Einschränkung wiederum die Abschwächung demokratischer Legitimation bedingt. Wie stehen Partizipation, Repräsentation und Legitimation in Beziehung? Für das Verhältnis seiner drei Demokratiedimensionen Freiheit, Gleichheit und Kontrolle – aus welchen ich die Merkmale der Partizipation, der Repräsentation und der Legitimation abgeleitet habe – beschreibt Lauth das Verhältnis so: „Alle drei Dimensionen ergänzen sich und bedingen sich wechselseitig, sie stehen jedoch auch in einem Spannungsverhältnis. Die Dominanz einer einzelnen Dimension geht zu Lasten der anderen“ (2004: 97). Bezüglich meiner eigenen Konzeption gilt dies (in einer repräsentativen Form der Demokratie) vor allem für die Bereiche Partizipation und Repräsentation. Ebenso wenig wie Freiheit ohne Gleichheit realisierbar ist und andersherum, funktioniert Repräsentation ohne Partizipation und umgekehrt.¹² In Peter Kielmanseggs Überlegungen zur Zukunft der repräsentativen Demokratie wird das Verhältnis zwischen Partizipation, Repräsentation und Legitimation auf den Punkt gebracht:

„Repräsentation überführt die Gewalt, die vom Volk ausgeht, in eine Ämterordnung. [...] Rechtlich eingehegt, zeitlich befristet, an das Gemeinwohl gebunden und zur Rechenschaft verpflichtet wird Macht dadurch, dass sie als Amtsmacht verfasst wird. Repräsentanten sind [...] durch Wahl legitimierte und autorisierte Amtsträger“ (2016: 10 f.).

Legitimation ist hier ein unsichtbares, über den Prinzipien der Partizipation und Repräsentation schwebendes Erfordernis an die repräsentativ verfasste Demokratie. Da im Unterschied zu einer direkten, ‚wahren‘ Demokratie der *demos* und die legislative, amtstragende Gewalt nicht eins sind, stellt die Wahl eine legitime Verbindung zwischen dem Volk und den Repräsentanten her. Das Wahlregime, aufbauend auf der grundlegenden Gewährleistung politischer Partizipationsrechte, ist das legitimatorische Element auf der Input-Seite eines repräsentativ-demokratischen Systems (vgl. Weßels 2017: 158). Legitimation hat, wie bereits erwähnt, neben der Input-Seite noch eine zweite Dimension: den Output. Der Zusammenhang zwischen Partizipation und Repräsentation und dem Output, also der „Nützlichkeit der Entscheidungen und ihrer Folgen für die Beherrschten“ (ebd.: 167), ergibt sich nur indirekt. Aber auch hier stellt die Legitimität der repräsentativen Bestimmung rechenschaftspflichtiger Amtsträger die zentrale Möglichkeit dar, bei Verletzungen der Output-Legitimation Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen. Klar ist jedoch auch, dass ein demokratischer Entscheidungsprozess nahezu zwangsläufig ein Übermaß an individuellen Erwartungen erzeugt und die Repräsentant*innen in einem Spannungsverhältnis zwischen der Ausrichtung am Gemeinwohl und der angemessenen Berücksichtigung partikularer Interessen stehen (vgl. Kielmansegg 2016: 13).

12 Überlegungen zum spannungsreichen Verhältnis von Partizipation und Repräsentation sind bei Kielmansegg (2016) nachzulesen.

Insgesamt zeigt sich, dass Partizipation und Repräsentation in einer kausalen, wenn-gleich spannungsanfälligen Beziehung stehen und die Legitimation als übergeordnetes Bindeglied für die Funktionalität der zwei erstgenannten Prinzipien dient. In Abbildung 2 ist nun die Essenz aus den geschilderten Krisenanfälligkeiten innerhalb der drei Dimensionen zusammengefasst. In Folgerung aus dem vorgelegten Verständnis von Postdemokratie muss in jedem der drei Teilbereiche und insgesamt sechs Unterdimensionen der Schwellenwert zum postdemokratischen Defekt überschritten werden, um das politische System insgesamt als Postdemokratie zu klassifizieren. Die Frage, ob dies nun empirisch bereits der Fall ist und die westlichen Demokratien als solche einzustufen sind, soll an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Vielmehr wird mit dem Blick auf die Entwicklung in den genannten Demokratien in Bezug auf eben jene drei Demokratieprinzipien ein neu-formulierter Begriff der Postdemokratie vorgeschlagen, der in weiterführenden Analysen zur Anwendung kommen kann.

Abbildung 2: Abgrenzung der Indikatoren von Demokratie und Postdemokratie

	Demokratische Funktionalität	Postdemokratischer Defekt
Partizipation	Garantie grundlegender Freiheitsrechte als Basis partizipativer Beteiligung	Einschränkung grundlegender Freiheitsrechte durch den Vorrang sicherheitsrelevanter Maßnahmen
	Gesellschaftlich gleich verteilte Chancen zur Ausübung elektoraler/alternativer politischer Partizipation	Ausübung politischer Partizipation in Abhängigkeit sozio-ökonomischer Ressourcen
Repräsentation	Deskriptiv und/oder substantiell repräsentative Legislative mit relevantem Einfluss auf die politische Gestaltung	Benachteiligung sozialer Schichten in der legislativen Repräsentation und Umsetzung politischer Interessen
	Anbindung des <i>demos</i> an das politische System mittels intermediärer Organisationen	Bedeutungs- und Vertrauensverlust politischer Parteien in der Bevölkerung; Verlust der intermediären Scharnierfunktion
Legitimation	Einfluss der Bürger/Legislative auf die das eigene Staatswesen betreffenden Entscheidungen; effektive Steuerungskapazitäten des Staates	Kontrollverlust nationalstaatlicher Politik auf globale und transnationale Prozesse; Dominanz der Exekutive im Entscheidungsfindungsprozess
	Transparente und institutionell geregelte Entscheidungsfindung	Aushöhlung formaler politischer Prozesse durch Informalität; Zunahme von Intransparenz und korruptem Verhalten

Eigene Darstellung.

3. Fazit: Probleme und Möglichkeiten einer mehrdimensionalen Systematik des Postdemokratie-Begriffs

Mehr als zehn Jahre nach Erscheinen von Crouchs Postdemokratie-Buch sieht dieser seine Annahmen bestätigt: „Events since [...] 2004 suggest that democracy continues to decline in effectiveness in those parts of the world where it has been most strongly estab-

lished" (2016: 71). Lässt es sich empirisch nachweisen, dass die etablierten Demokratien durch die geschilderten Aspekte einen erheblichen Verlust ihrer Systemqualität erleiden, stellt sich die Frage, wie sich dieses neue Erscheinungsbild der Demokratien begrifflich und systematisch greifen lässt. Die dargelegten Ausführungen sollten zeigen, dass das Postdemokratie-Konzept durch den vorgestellten Versuch der Systematisierung zur kritischen Analyse demokratiethoretisch bedeutsamer Veränderungen in den westlichen Staaten herangezogen werden kann. Ist es wirklich ein als *Danach* zu klassifizierender, also *post*-demokratischer Zustand? Die Analyse des *Danach* ist zwingend davon abhängig, das funktionale *Davor* zu definieren. Insofern kann ein Symptom auch nur als post-demokratisch bezeichnet werden, wenn demgegenüber ein komplementärer, demokratischer Ausgangspunkt formuliert wurde. Diese Schnittstelle wurde bisher wenig thematisiert. Postdemokratie kann eben nicht nur, so lautet die Kernthese meiner Ausführungen, als „Warnbegriff“ (Müller 2014: 127) mit hohem „Anregungspotenzial“ (Buchstein/Nullmeier 2006: 21) verstanden werden, dessen empirisch fundierte Überprüfung noch aussteht. Der hier neuformulierte Ansatz der Postdemokratie kann eine Synthese diverser Einzelphänomenen leisten. Eine erste Annäherung an die zentralen Spielfelder des Wandels von der Demokratie zur Postdemokratie stellen dabei die Bereiche der Partizipation, der Repräsentation und der Legitimation dar, deren analytische Trennschärfe im Zuge weiterführender Operationalisierungen des Konzeptes noch weiter herauszuarbeiten wäre. Das vorgestellte Konzept soll eben auch als Warnmetapher fungieren und einen veränderten Fokus für die Forschung zur Demokratiequalität etablierter Demokratien anbieten.

Im Anschluss daran kann das Postdemokratiekonzept zum Beispiel mit den Ansätzen zu hybriden Regimen verknüpft werden (vgl. Kemmerzell 2016). Auch der Rückgriff auf die Arbeiten zu defekten Demokratien und der Systemtransformation bietet sich an (vgl. Merkel/Puhle 2003). Doch auch dieser Forschungsbereich zeichnet sich vor allem durch die Annahme aus, dass sich autoritäre Systeme auf einem Kontinuum Richtung Demokratie bewegen. Der umgekehrte Fall, die Rückentwicklung von Demokratien, ist in der Politikwissenschaft bisher wenig erforscht (vgl. Erdmann/Kneuer 2011). Nimmt man an, dass die Postdemokratisierung einen Rückgang demokratischer Qualität bedeuten würde, ergeben sich an diesem Punkt weitere Forschungsmöglichkeiten: Lassen sich derartige Systeme tatsächlich mit defekten Demokratien aus dem lateinamerikanischen oder mittelosteuropäischen Kontext vergleichen, die ihren ‚Augenblick der Demokratie‘ noch nicht erlebt haben? Viele Überlegungen zur Demokratiequalität sind bisher einseitig konzipiert und gehen von einer Entwicklungslogik von *weniger* zu *mehr* Demokratiequalität aus. Aber sowohl ein Zuwenig als eben auch ein Zuviel der Erfüllung demokratischer Prinzipien kann die Qualität des Systems einschränken (vgl. Sebaldt 2015). Wie Emanuel Richter anmerkt, lässt sich die mögliche Entwicklung hin zur Postdemokratie allerdings auch aus einem anderen Blickwinkel lesen:

„Der Befund eines ‚danach‘ verliert jedoch unverzüglich seine Plausibilität, wenn man das demokratische Leitbild [...] nur ein wenig inhaltlich verändert: Dann befinden sich viele westliche Systeme vielleicht immer noch deutlich *vor* substanziellen demokratischen Erfüllungsstufen, oder der postdemokratische Befund wird umgekehrt zum eigentlichen Ausweis einer neuen demokratischen Qualität [...]“ (Richter 2016: 16).

Die Demokratien sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts enormen Herausforderungen gegenübergestellt und der nationalstaatliche Rahmen, gesellschaftliche Strukturen, gewohnte Praktiken der politischen Partizipation und Kommunikation befinden sich im Wandel. In den Dimensionen der Partizipation, der Repräsentation und der Legitimation lassen

sich die relevanten Problemzonen der etablierten Demokratien weitestgehend bündeln und sich dem Begriff der Postdemokratie dadurch ein systematischer Rahmen geben. Zentral ist für jede weitergehende Überlegung zur Postdemokratie die Frage, wie die ideale Demokratie definiert wird. Die positive, funktionale Variante der genannten Indikatoren beschreibt zumindest, welche Voraussetzungen neben dem unabdingbaren, formal-institutionellen Rahmen eines demokratischen Verfassungsstaates gegeben sein müssen, um nicht die Schwelle zum postdemokratischen Defekt zu überschreiten.

Literatur

- Alonso, Sonia, 2015: ‚Wählen ohne Wahl‘. Demokratie und die Staatsschuldenkrise in der Eurozone. In: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise*, Wiesbaden, 245–274.
- Anderson, Perry, 2015: *Das italienische Desaster*, Berlin.
- Bader, Katarina, 2013: *Medialisierung der Parteien, Politisierung der Medien. Interdependenzen zwischen Medien und Politik im postsozialistischen Polen*, Wiesbaden.
- Barber, Benjamin, 2007: *Imperium der Angst: Die USA und die Neuordnung der Welt*, München.
- Bartels, Larry M., 2016: *Unequal Democracy. The Political Economy of the New Gilded Age*, 2. Auflage, New York. <https://doi.org/10.1515/9781400883363>
- Benz, Arthur, 2010: *Blockiert durch Komplexität? Demokratie im Mehrebenensystem föderaler und transnationaler Politik*. In: *vorgänge* 49 (2), 64–72.
- Beyme, Klaus von, 2013: *Von der Postdemokratie zur Neodemokratie*, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-00981-6>
- Bieling, Hans-Jürgen, 2009: (Ent-)Demokratisierungsprozesse im europäischen Mehrebenensystem. In: André Brodocz et al. (Hg.), *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden, 121–135. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91156-4_7
- Blatter, Joachim, 2007: *Demokratie und Legitimation*. In: Arthur Benz et al. (Hg.), *Handbuch Governance*, Wiesbaden, 271–284. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90407-8_20
- Blühdorn, Ingolfur, 2013: *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin.
- Böhnke, Petra, 2011: *Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1/2, 19–26.
- Brodocz, André / Llanque, Marcus / Schaal, Gary S., 2009 (Hg.): *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden.
- Brown, Wendy, 2012: *Wir sind jetzt alle Demokraten*. In: Giorgio Agamben (Hg.), *Demokratie? Eine Debatte*, Berlin, 55–71.
- Buchstein, Hubertus / Nullmeier, Frank, 2006: *Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19 (4), 16–22. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2006-0404>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2016: *Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015*; www.armuts-und-reichtumsbericht.de (Stand 01.07.2017).
- Carboni, Carlo, 2016: *Dust of Italian Stars*. In: Kaiser, Robert / Edelmann, Jana (Hg.), *Crisis as a Permanent Condition? The Italian Political System between Transition and Reform Resistance*, Baden-Baden, 155–182. <https://doi.org/10.5771/9783845257044-155>
- Crouch, Colin, 2013: *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*, 4. Auflage, Berlin.
- Crouch, Colin, 2015: *Postdemokratie*, 11. Auflage, Frankfurt am Main.
- Crouch, Colin, 2016: *The March Towards Post-Democracy, Ten Years On*. In: *The Political Quarterly* 87(1), 71–75. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12210>
- Crouch, Colin, 2017: *Der Nationalismus globalisiert sich*; www.zeit.de/wirtschaft/2017-02/globalisierung-widerstand-rechte-nationalismus-donald-trump-marine-le-pen-is (Stand: 04.01.2018).

- Czada, Roland, 2015: "Post-Democracy" and the Public Sphere: Informality and Transparency in Negotiated Decision-Making. In: Volker Schneider, Burkard Eberlein (Hg.), *Complex Democracy*, o.O., 231–245.
- Dahl, Robert A., 1994: A Democratic Dilemma. System Effectiveness versus Citizen Participation. In: *Political Science Quarterly* 109 (1), 23–34. <https://doi.org/10.2307/2151659>
- Dalton, Russell J., 2008: *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, 5. Auflage, Washington.
- Dalton, Russell J. / Farrell, David M. / McAllister, Ian, 2013: *Political Parties and Democratic Linkage. How Parties Organize Democracy*, Oxford.
- Domett, Katharine, 2016: Post-Democratic Party Politics. In: *The Political Quarterly* 87 (1), 86–90. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12208>
- Dreher, Sabine, 2010: Krise. In: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, München, 530–531.
- Eberl, Oliver / Salomon, David, 2015: Legitimitätsverhältnisse in der Postdemokratie. Carl Schmitt und die Postdemokratie. In: Rüdiger Voigt (Hg.), *Legalität ohne Legitimität?*, Wiesbaden, 261–280.
- Eberl, Oliver / Salomon, David, 2016: Soziale Demokratie in der Postdemokratie. In: Dies. (Hg.), *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*, Wiesbaden, 1–15.
- Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hg.), 2011: *Regression of Democracy? Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Special Issue 1*, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93302-3>
- Esser, Frank, 2013: Mediatization as a Challenge: Media Logic versus Political Logic. In: Hanspeter Kriesi et al. (Hg.), *Democracy in the Age of Globalization and Mediatization*, Basingstoke, 155–176. https://doi.org/10.1057/9781137299871_7
- Fenton, Natalie, 2016: Post-Democracy, Press, Politics and Power. In: *The Political Quarterly* 87 (1), 81–85. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12207>
- Freedom House, 2016: *Freedom in the World 2015*; <https://freedomhouse.org/> (Stand 03.07.2017).
- Gallego, Aina, 2007: Unequal Political Participation in Europe. In: *International Journal of Sociology* 37 (4), 10–25. <https://doi.org/10.2753/IJS0020-7659370401>
- Grande, Edgar, 2015: Transformations of Democracy in a Globalizing World. In: Volker Schneider, Burkard Eberlein (Hg.), *Complex Democracy*, o.O., 219–229. https://doi.org/10.1007/978-3-319-15850-1_14
- Greven, Michael Th., 2012: War die Demokratie jemals modern? Oder: Des Kaisers neue Kleider. In: *vorgänge* 199 (3), 92–100.
- Gusy, Christoph, 2008: Freiwilliger Verzicht auf Bürgerrechte. In: Hans-Jürgen Lange et al. (Hg.), *Auf der Suche nach neuer Sicherheit*, Wiesbaden, 321–329. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91212-7_20
- Habermas, Jürgen, 1998: *Die postnationale Konstellation*, Frankfurt am Main.
- Haus, Michael, 2012: Regieren als Schatten der Demokratie? Zum Verhältnis von Postdemokratie- und Governance-Diskurs. In: Björn Egner (Hg.), *Regieren*, Wiesbaden, 135–155. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19793-7_7
- Hennig, Eike, 2010: Totgesagte leben länger. Zum Aussagewert postdemokratischer Theorien. In: *vorgänge* 49 (2), 26–34.
- Heyne, Lea, 2015: Globalisierung und Demokratie. Führt Denationalisierung zu einem Verlust an Demokratiequalität? In: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise*, Wiesbaden, 277–306.
- Hidalgo, Oliver, 2012: *Die Antinomien der Demokratie*, Frankfurt am Main.
- Höffe, Otfried, 2009: *Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik*, München. <https://doi.org/10.17104/9783406615252>
- Jörke, Dirk, 2005: Auf dem Weg zur Postdemokratie. In: *Leviathan* 33 (4), 482–491. <https://doi.org/10.1007/s11578-005-0057-5>
- Jörke, Dirk, 2010: Was kommt nach der Postdemokratie? In: *vorgänge* 49 (2), 17–25.
- Jörke, Dirk, 2011: Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: *APuZ* 1/2, 13–18.
- Jörke, Dirk, 2014: *Die Krise hat Europa undemokratischer gemacht*; www.cicero.de/weltbuehne (Stand: 01.07.2017).

- Katsambekis, Giorgos, 2016: 'The People' and Political Opposition in Post-democracy. Reflections on the Hollowing of Democracy in Greece and Europe. In: Joanna Cook et al. (Hg.), *The State We're in*, New York / Oxford, 144–166.
- Kemmerzell, Jörg, 2016: Postdemokratie als hybrides Regime? In: Oliver Eberl, David Salomon (Hg.), *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*, Wiesbaden, 109–136.
- Kielmansegg, Peter Graf, 2016: *Repräsentation und Partizipation. Überlegungen zur Zukunft der repräsentativen Demokratie*, Stuttgart.
- Kriesi, Hanspeter, 2013: Introduction - The New Challenges to Democracy. In: Hanspeter Kriesi et al. (Hg.), *Democracy in the Age of Globalization and Mediatization*, Basingstoke, 1–19.
- Lauth, Hans-Joachim, 2004: *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Bereich*, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-01617-5>
- Lehmann, Pola / Regel, Sven / Schlote, Sara, 2015: Ungleichheit in der politischen Repräsentation. Ist die Unterschicht schlechter repräsentiert? In: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise*, Wiesbaden, 157–180.
- Levitsky, Steven / Way, Lucan A., 2015: The Myth of Democratic Recession. In: *Journal of Democracy* 26 (1), 45–58. <https://doi.org/10.1353/jod.2015.0007>
- Linden, Markus, 2011: Die Rolle des Parlaments in Krisendiagnosen des 20. und 21. Jahrhunderts. In: Markus Linden, Winfried Thaa (Hg.), *Krise und Reform politischer Repräsentation*, Baden-Baden, 149–167. <https://doi.org/10.5771/9783845231914-148>
- Linden, Markus, 2012: Kein Ende der Demokratie: Eine Einordnung und Kritik der Erosionsthese Michael Th. Grevens. In: *vorgänge* 199 (3), 101–114.
- Mair, Peter, 2013: *Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy*, London / New York.
- Merkel, Wolfgang, 2014: Is There a Crisis of Democracy? In: *Democratic Theory* 1 (2), 11–25. <https://doi.org/10.3167/dt.2014.010202>
- Merkel, Wolfgang, 2015 (Hg.): *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen, 2003: *Defekte Demokratie*, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-09573-6>
- Meyer, Thomas, 2001: *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem*, Frankfurt am Main.
- Michelsen, Danny / Walter, Franz, 2013: *Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation*, Berlin.
- Mouffe, Chantal, 2011: „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. In: *APuZ* 1/2, 3–5.
- Mouffe, Chantal, 2015: *Agonistik. Die Welt politisch denken*, Bonn.
- Mudde, Cas, 2004: The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39 (4), 542–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>
- Müller, Jan-Werner, 2014: Postdemokratie? Karriere und Gehalt eines problematischen Schlagwortes. In: Uwe J. Wenzel (Hg.), *Volksherrschaft - Wunsch und Wirklichkeit*, Zürich, 124–127.
- Müller, Markus M., 2009: Demokratische Anforderungen an die Herstellung von Sicherheit. In: André Brodocz et al. (Hg.), *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden, 189–202. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91156-4_11
- Nohlen, Dieter, 2010: Postdemokratie. In: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze (Hg.), *Lexikon der Politikwissenschaft*, 4. Auflage, München, 833–834.
- Nullmeier, Frank, 2005: Output-Steuerung und Performance Measurement. In: Bernhard Blanke et al. (Hg.), *Handbuch zur Verwaltungsreform*, 3. Auflage, Wiesbaden, 431–444. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90340-8_48
- Petring, Alexander, 2015: Parteien, hört Ihr die Signale? Bevölkerungseinstellungen zur Ungleichheit und die Responsivität der Parteien. In: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise*, Wiesbaden, 221–244.
- Piketty, Thomas, 2014: Das Ende des Kapitalismus im 21. Jahrhundert? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12, 41–52.
- Prien, Thore, 2016: Probleme mit der Postdemokratie. In: Oliver Eberl, David Salomon (Hg.), *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*, Wiesbaden, 65–85.
- Rancière, Jacques, 1999: *Disagreement. Politics and Philosophy*, Minneapolis/London.

- Rancière, Jacques, 2014: Demokratie und Postdemokratie. In: Alain Badiou, Jacques Rancière (Hg.), *Politik der Wahrheit*, Wien, 119–156.
- Richter, Emanuel, 2006: Das Analysemuster der ‚Postdemokratie‘: Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4, 23–37. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2006-0405>
- Richter, Emanuel, 2016: Demokratischer Symbolismus. Eine Theorie der Demokratie, Berlin.
- Riescher, Gisela, 2014: Freiheit und Sicherheit. In: Dies. (Hg.), *Spannungsfelder der Politischen Theorie*, Bonn, 20–29.
- Ritzi, Claudia / Schaal, Gary S., 2010: Politische Führung in der „Postdemokratie“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2/3, 9–15.
- Ritzi, Claudia, 2014: Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01469-8>
- Ritzi, Claudia, 2016: Demokratischer Schein und soziale Erosion. In: Oliver Eberl, David Salomon (Hg.), *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*, Wiesbaden, 209–227.
- Rosanvallon, Pierre, 2008: *Counter-Democracy. Politics in an Age of Distrust*, Cambridge.
- Roßteutscher, Sigrid / Schäfer, Armin, 2016: Asymmetrische Mobilisierung. Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung. In: *Politische Vierteljahresschrift* 57 (3), 455–483. <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2016-3-455>
- Roth, Roland, 2011: *Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation*, Bonn.
- Schaal, Gary S. / Ritzi, Claudia, 2012: Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie; www.epol-projekt.de/discussion-paper/ (Stand 01.07.2017).
- Schäfer, Armin, 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4, 131–156. <https://doi.org/10.1007/s12286-010-0075-9>
- Schäfer, Armin, 2013: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum ungleiche Beteiligung der Demokratie schadet. In: Klaus Armingeon (Hg.), *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie*, Wiesbaden, 547–566. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01853-5_31
- Scharpf, Fritz W., 2004: Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats; www.mpifg.de/pu/workpap/wp04-6/wp04-6.html (Stand 01.07.2017).
- Schiffer, Sabine, 2011: Informationsmedien in der Postdemokratie. Zur Bedeutung von Medienkompetenz für eine lebendige Demokratie. In: *APuZ* 1/2, 27–32.
- Schmidt, Manfred G., 2014: Wandelt sich die Demokratie zur „Postdemokratie“? Zur These vom Aufkommen postdemokratischer Strukturen. In: Stefan Hradil (Hg.), *Wohin geht die Demokratie?*, Stuttgart, 7–16.
- Schüttemeyer, Suzanne S., 2010: Responsivität. In: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze (Hg.), *Lexikon der Politikwissenschaft*, 4. Auflage, München, 924–925.
- Sebaldt, Martin, 2015: Pathologie der Demokratie. Defekte, Ursachen und Therapie des modernen Staates, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-09518-5>
- Streeck, Wolfgang, 2015: Wie wird der Kapitalismus enden? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3, 99–111.
- Tannenberg, Dag, 2015: Warum missachten etablierte Demokratien das Recht auf körperliche Unversehrtheit? In: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise*, Wiesbaden, 373–406.
- Tariq, Ali, 2007: *Democracy at the Crossroads? Counter-Terrorism and the State*. In: Jenny Hocking, Colleen Lewis (Hg.): *Counter-Terrorism and the Post-Democratic state*. Cheltenham / Northampton, 6–19.
- Verba, Sidney / Nie, Norman H., 1972: *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*, Chicago / London.
- Volkens, Andrea / Merz, Nicolas, 2015: Verschwinden die programmatischen Alternativen? Die Qualität von Wahlprogrammen in 21 OECD-Ländern seit 1950. In: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise*, Wiesbaden, 95–126.
- Vorländer, Hans, 2013: Krise, Kritik und Szenarien: Zur Lage der Demokratie. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 23 (2), 267–277. <https://doi.org/10.5771/1430-6387-2013-2-267>

- Wagner, Aiko / Kneip, Sascha, 2015: Demokratische Gefahr für die Demokratie? Die prekäre Balance von Sicherheit und Freiheit. In: Wolfgang Merkel (Hg.), Demokratie und Krise, Wiesbaden, 339–372.
- Westle, Bettina, 2012: „Postdemokratien?“ – Zur Wahrnehmung der Parteien auf der ideologischen Links-Rechts-Skala: Großbritannien, Frankreich und Deutschland. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 6, 255–301. <https://doi.org/10.1007/s12286-012-0141-6>
- Willke, Helmut, 2010: Transparency after the Financial Crisis. Democracy, Transparency, and the Veil of Ignorance. In: Stephan A. Jansen et al. (Hg.), Transparenz, Wiesbaden, 56–81. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92466-3_5
- Wöhl, Stefanie, 2016: Machtverschiebungen vom Parlament zur Exekutive. Demokratie in Zeiten multipler Krisen. In: APuZ 40/42, 42–46.